PB.W-01-563-2

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: David Höffer (KV Bremen-Nordost)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 562 bis 563 einfügen:
Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahlens klare Regeln. Wir wollen den rasanten Entwicklungen im Bereich dezentraler Finanzanwendungen gerecht werden und die Chancen und Risiken von Kryptowährungen wie Bitcoin, anwendungsorientierten Blockchains wie Ethereum, Decentralized Finance oder NFTs differenziert ausloten.

Begründung

Die Blockchain-Technologie hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Das Wissen darüber ist oft sehr oberflächlich. Als Grüne sollten wir den Anspruch haben, ein solch komplexes Thema erst detailliert zu durchdringen, bevor wir weitgehende Maßnahmen fordern. Eine erst im vergangenen Jahr neu aufgekommene Technologie wie NFT könnte zum Beispiel einen Lösungsansatz für die Problematik des Online-Urheberrechts darstellen, Smart Contracts können dafür sorgen, dass Vertrauen zwischen zwei Parteien ohne eine Mittelsperson geschaffen werden kann. Angesichts eines bestehenden ÄA, der ein Verbot von Kryptowährungen fordert, soll dieser ÄA daher ergebnisoffen sein und gleichzeitig aufzeigen, dass wir Grünen uns mit dem Thema befassen.

Häufig vorgebrachte Argumente gegen Kryptowährungen sind eine angeblich hohe Nutzung für kriminelle Zwecke (laut einer Studie des Ex-CIA-Direktors Morell ist der Anteil bei Krypto- geringer als bei Fiatwährungen) und der hohe Energieverbrauch des Proof-of-Work-Systems (PoW). Abgesehen davon, dass Lösungen dafür gesucht und zum Teil auch schon gefunden werden (der Umstieg auf Proof-of-Stake bei der zweitgrößten Kryptowährung Ethereum ist absehbar), ist auch die Frage, ob hier nicht mit zweierlei Maß gemessen wird: Auch viele andere Anwendungen im Internet (z.B. Streaming, Pornografie) brauchen enorme Mengen an Energie, werden aber für nützlich genug gehalten. Somit geht es eher um den Nutzen von Bitcoin&co.:

Bitcoin als Alltagszahlungssystem einzusetzen, ist eine über die Jahre sehr unwahrscheinlich gewordene Option. Vielmehr wird Bitcoin mittlerweile als dezentrales System zur Wertaufbewahrung oder zum Werttransfer gesehen. Da dies insbesondere in Staaten relevant ist, deren Währung den Bürger*innen keine stabile Wertaufbewahrung bietet, ist ein „Das brauchen wir doch nicht!“ eine ziemlich arrogante westliche Sichtweise. Auch hier stellt sich wieder die Frage, ob beim Energieverbrauch mit zweierlei Maß gemessen wird: Das anerkannte Wertaufbewahrungssystem Gold hat durch sichere Lagerung und Schürfen ebenfalls einen sehr hohen ökologischen Fußabdruck.

weitere Antragsteller*innen

Philipp Bruck (KV Bremen LdW); Franziska Tell (KV Bremen-Nordost); Laura Franziska Reyes Pollak (KV Bremen-Ost); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Franz Martin Rumiz (KV Stuttgart); Leander Hirschsteiner (KV München); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen-Stadt); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Florian Pitschel (KV Stuttgart); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Maximilian Bierbaum (KV Hamburg-Mitte); Philipp Lang (KV Stuttgart); Marcel Rohrlack (KV München)